

Abstimmungsempfehlungen vom 29.11.2026

Eidgenössische Vorlagen	Parolen SVP BL	Parolen SVP CH
1. AHV-Zusatzfinanzierung (Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4% auf 8.5%) <u>Der Bund muss lernen, dass man keine Abstimmung durchführt, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist!</u> <u>Die 13. AHV-Rente kommt. Das ist entschieden!</u> Eine Mehrwertsteuererhöhung ist eine unsoziale Steuer. Sie kostet Kaufkraft, trifft Familien, Erwerbstätige und Rentner aber löst die AHV-Finanzierung nicht! Der Bund muss lernen mit unseren Steuergeldern sorgsam umzugehen. Die Erhöhung der MwSt. um 0.4% würden 1.6 Milliarden ergeben, benötigt werden aber mind. 4 Mrd. Vorschläge: Weniger Geld ins Ausland schicken, die Asylkosten senken und/oder Subventionen kürzen. Die jährlichen Subventionen von ca. 50 Mrd., die an 22'560 Empfänger ausbezahlt werden, könnten um 20% gekürzt werden! Das ergäbe jährlich 5 Mrd. für die 13. AHV und 5 Mrd. für die Armee. Auch sparen wäre eine gute Idee. Bevor Bern eine neue Dauersteuer beschliesst, muss es zuerst seine Ausgaben priorisieren und eine ehrliche Gesamtstrategie für die AHV vorlegen. Deshalb NEIN zur Mehrwertsteuer Erhöhung!	NEIN	NEIN
2. Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» Bund und Kantone dürfen die Gemeinden nicht übersteuern! Jede Gemeinde kann heute schon Feuerwerke verbieten. Deshalb NEIN zur weiteren Bevormundung durch den Bund!	NEIN	NEIN
3. Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» Die Heiratsstrafe soll abgeschafft werden. Das hat die Bevölkerung mit der Annahme Individualbesteuerung am 8. März 2026 entschieden. Das Ziel ist damit klar. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung. Die Fairness-Initiative will dazu einen klaren Grundsatz in der Bundesverfassung verankern: Ehepaare werden weiterhin gemeinsam besteuert und dürfen gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht benachteiligt werden. Dieses System des Vollsplittings kennen wir Baselbieter für die kantonale Einkommensteuer schon lange! Deshalb ein klares JA zu fairen Bundessteuern!	JA	JA
4. Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial Das revidierte Kriegsmaterialgesetz stärkt unsere Sicherheit, unsere Partnerschaften und unsere Wirtschaft – mit strengen Kontrollen. Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität braucht eine einsatzfähige Armee und eine eigene Industrie im Land, die unter klaren Bedingungen exportieren darf! Darum JA zum KMG!	JA	JA
Kantonale Vorlage	SVP BL	
Formulierte Verfassungsinitiative «Fairer Arbeitsmarkt: KMU-Arbeitsbedingungen als Richtschnur für die öffentliche Verwaltung» vom 18. September 2025 Es ist richtig und wichtig, dass sich die Anstellungsbedingungen der öffentlichen Verwaltung stärker an jenen der KMU orientiert. Der Staat darf mit unseren Steuergeldern nicht mit signifikant attraktiveren Anstellungsbedingungen die Privatwirtschaft konkurrenzieren. Deshalb JA zur Initiative!	JA	
6. Formulierte Gesetzesinitiative «für ein bezahlbares U-Abo für Kinder und Jugendliche im Kanton Basel-Landschaft» vom 1. September 2025 Die Initiative will das jetzt schon äusserst preiswerte U-Abo für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 25. Lebensjahr noch weiter vergünstigen. Zusätzliche staatliche Subventionen nach dem Giesskannenprinzip sind der falsche Weg und belasten die öffentlichen Finanzen. Deshalb NEIN zu weiteren Subventionen.	NEIN	